

Wie bleibt soziale Arbeit widerstandsfähig gegen rechts?

Einladung zur kostenlosen Online-Veranstaltung
Donnerstag, 17. November / 10:00 – 12:00 Uhr

Krise reiht sich an Krise. Viele von uns machen sich Sorgen, sind verunsichert, (politisch) unzufrieden, wütend und empört.

In solchen Zeiten wittern die, die unsere Demokratie abschaffen wollen, Morgenluft. Angst, Unsicherheit und Wut bieten einen Nährboden für rechte Strömungen, die gesellschaftliche Spaltungen vorantreiben.

Auch die Soziale Arbeit bleibt davon nicht unberührt. Von ihren Anfängen bis heute steht die Soziale Arbeit für Menschenrechte, Emanzipation und Vielfalt. Dennoch gibt es auch gezielte Versuche rechter Gruppierungen, unseren Themenbereich zu unterwandern.

- *Wie bleiben wir in der Sozialen Arbeit resilient gegenüber Menschenfeindlichkeit, Demokratiemüdigkeit, Verschwörungsdenken und extrem rechten Ideen?*
- *Wie kann Soziale Arbeit ihre systemische Widerstandsfähigkeit gegen autoritäre, rechte Kräfte erhalten und weiterentwickeln?*

Mit diesen und weiteren Fragen wollen wir uns mit unserer **Referentin Judith Rahner** auseinandersetzen. Sie hat das *Praxishandbuch Resilienz in der Jugendarbeit. Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit* geschrieben und leitet seit 2018 die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Anmeldungen (inkl. Name und Organisation) bitte bis zum 4.11. an I.berentzen@awo-dortmund.de. Wir freuen uns auf euch!

**Gemeinsam
Demokratie
stärken**



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Zusammenhalt
durch Teilhabe

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Eine Initiative des bundesweiten AWO-Netzwerks „Gemeinsam Demokratie stärken“, welches durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe gefördert wird.

demokratie.awo.org/

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem virtuellen Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.